

Bündnis 90/Die Grünen

26. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz

1.-3. Dezember 2006, Kölnmesse, Köln-Deutz

Grüne Friedenspolitik umsetzen: Für eine erfolgreiche Afghanistan-Politik!

Grüne Friedenspolitik ist dem Prinzip der Prävention, dem im Völkerrecht verankerten Gewaltverbot und der Stärkung des Rechts verpflichtet. Dies setzt den verstärkten Ausbau kollektiver Friedenssicherung im Rahmen der Vereinten Nationen und einen konsequenten Multilateralismus voraus.

Dauerhafte menschliche, wie ökonomische Entwicklung gibt es nur dort, wo Demokratie und Menschenrechte gesichert sind. Zu grüner Friedenspolitik gehört auch eine entschiedene Abrüstungspolitik - von der Ächtung von Streubomben und einer wirksamen Kontrolle von Kleinwaffen bis zur nuklearen Abrüstung. Dabei muss die Bundesregierung deutlich machen, dass sie einen Abzug der in Deutschland und Europa stationierten US-Atomwaffen will, auf jede nukleare Teilhabe verzichtet und sich für ein kernwaffenfreies Europa einsetzt. Um diesem Ziel näher zu kommen, befürworten wir eine umfassende Vereinbarung über nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa und seinen Nachbarregionen. Die Atomwaffen besitzenden Staaten müssen abrüsten und dürfen nicht neu aufrüsten.

Der Versuch der USA und ihrer „coalition of the willing“, im Irak mit Krieg einen Regimewechsel, Demokratie, Rechtsstaat und Frieden zu erzwingen, ist gescheitert. Der Krieg unter der Führung der USA im Irak hat dazu beigetragen, dass terroristische Gruppen eine neue Operationsbasis für ihre Aktionen geschaffen haben. Heute herrscht Bürgerkrieg in Bagdad und weiten Teilen des Irak, der Nahe Osten ist mehr destabilisiert als vor dem Angriff der USA. Deshalb betonen wir: Die globalen Herausforderungen im Kampf gegen internationalen Terrorismus, gegen weltweit wachsende organisierte Kriminalität oder in der Auseinandersetzung mit den Folgen des Zerfalls von Staaten können nicht unilateralistisch bewältigt werden, schon gar nicht mit unilateralistischen militärischen Vorgehen.

Wer von „Krieg gegen den Terrorismus“ spricht, um einen allein oder ganz überwiegend militärischen Weg in dieser Auseinandersetzung zu verfolgen, erreicht kein positives Ziel, sondern bewirkt eher das Gegenteil. Denn dieser Weg treibt Gewaltspiralen zusätzlich an. Außerdem drohen dabei Menschenrechtsstandards und Völkerrecht dauerhaft beschädigt zu werden. Stattdessen müssen internationale und regionale Institutionen zum Schutz der Menschenrechte gestärkt werden, auch um mehr präventive Wirkung zu

entfalten. Dazu gehört auch der Internationale Strafgerichtshof, der von allen Staaten anerkannt werden muss. Einen „Menschenrechtsrabatt“, etwa durch Anwendung folterähnlicher Methoden, darf es auch im Kampf gegen den Terrorismus nicht geben.

Bündnisgrüne Politik ist Politik für Frieden und Gewaltfreiheit. Bündnis 90/Die Grünen erkennen aber auch an, dass sich die Anwendung von rechtsstaatlich und völkerrechtlich legitimer Gewalt nicht immer ausschließen lässt. Es gibt Situationen, in denen ein Einsatz der Weltgemeinschaft notwendig ist, um eine Eskalation der Gewalt und massive Menschenrechtsverletzungen zu verhindern. Die Kriterien dafür sind in unserem Grundsatzprogramm formuliert. Die Bundeswehr darf dabei ausschließlich für die Ziele und nach den Regeln der Vereinten Nationen eingesetzt werden. Grundsätzlich ist auch bei UN-legitimierten Militärmissionen zu prüfen, ob der Einsatz Gewalt reduzieren hilft. Kampfeinsätze bedürfen einer besonderen Rechtfertigung. Sie müssen konkret nach Umfang und Dauer verantwortbar, verhältnismäßig und notwendig sein. Wo immer es geht, müssen die Vereinten Nationen in den Stand gesetzt werden, friedenserhaltende Einsätze selbst zu führen und durchzuführen.

Für uns ist klar: Gewalt darf Politik nicht ersetzen. Jeder Einsatz von Streitkräften ist immer nur das letzte Mittel, ultima ratio, worüber das nie fahrlässig entschieden werden darf. Der Einsatz von Militär kann aber notwendig sein, um Gewalt einzudämmen und so die Voraussetzungen für zivile Konfliktregelungen zu schaffen. Die Zustimmung zu einem Einsatz der Bundeswehr ist vom jeweiligen Einzelfall und der konkreten politischen Situation vor Ort abhängig. Die möglichen Folgen und Wirkungen eines Streitkräfteeinsatzes müssen ebenso abgewogen werden wie Folgen einer Entscheidung gegen einen Einsatz. Darüber hinaus muss jeder Einsatz in ein politisches Konzept der Gewalteindämmung und des Übergangs zu friedlichen Konfliktlösungen eingebunden sein. Unser Ziel ist es, in allen Politikbereichen gewaltfreie Konfliktlösungen zu fördern und vor allem bereits umfassend bei der zivilen Prävention von internationalen Krisen und Konflikten anzusetzen.

Entwicklung ziviler Fähigkeiten

Angesichts der politischen Risiken und menschlichen Opfer militärischer Auseinandersetzungen müssen Frieden und Sicherheit vorrangig mit politisch-zivilen Mitteln gewährleistet werden. Militäreinsätze schaffen keinen Frieden, sondern ermöglichen und unterstützen im besten Fall Friedensprozesse. Das von der Bundesregierung vorgelegte Weißbuch zur Sicherheitspolitik liefert hier keine zukunftsweisenden Antworten. Es spricht zwar von vernetzter Sicherheit, bleibt aber auf das Militärische fixiert. Wo Aufgaben und Einsatzräume der Bundeswehr zunehmend verschwimmen, wie im neuen Weißbuch, müssen klare Grenzen gezogen werden.

- Die Wehrpflicht wollen wir abschaffen. Sie ist sicherheitspolitisch und als massiver Eingriff in die Grundrechte nicht mehr zu rechtfertigen. Eine Berufsarmee erlaubt auch eine weitere Verkleinerung der Bundeswehr.

- Die internationalen Einsätze der Friedenssicherung und Gewalteinämmung, an denen die Bundeswehr beteiligt ist, sind heute schwierige, integrierte zivile, polizeiliche und militärische Missionen. Bei Einsätzen wie in Afghanistan oder im Kosovo geht es um ein komplementäres Vorgehen und die Konsistenz aller Elemente. Gerade im zivilen und polizeilichen Bereich bestehen aber erhebliche Defizite. Aus Sicht von Bündnis 90/Die Grünen müssen deshalb die zivilen Fähigkeiten dringend ausgebaut werden, um zu einem ausgewogenen Verhältnis ziviler und militärischer Fähigkeiten zu kommen. Hierfür muss der von unserer Bundestagsfraktion vorangetriebene und vom Kabinett der rot-grünen Vorgängerregierung beschlossene Aktionsplan „Zivile Krisenprävention“ weiter umgesetzt und finanziell ausgebaut werden. Dies ist entscheidend, um schwierige Post-Konflikt- und Konfliktsituationen erfolgreich zu bestehen und die allseits geforderte Krisenprävention auch wirksam zu machen. Auch die Struktur und Bewaffnung der Bundeswehr selbst entspricht nicht mehr den neuen Aufgaben und Herausforderungen – sie muss dringend umgebaut werden. Dafür braucht es nicht höhere Verteidigungsausgaben, sondern klare Prioritäten.

Überprüfung und Neuausrichtung der Afghanistanpolitik

Wie wichtig eine übergreifende Strategie und Bündelung von ausgewogenen diplomatischen, zivilen, polizeilichen und militärischen Kapazitäten für die Stabilisierung fragiler Staatlichkeit sind, lässt sich heute nirgendwo so deutlich beobachten wie in Afghanistan. Mit großer Besorgnis sehen Bündnis 90/Die Grünen eine massive Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan. Die anhaltend desolate Lage im Irak trägt zur Destabilisierung Afghanistans ebenso bei wie der Zuwachs für die Taliban aus dem pakistanischen Grenzgebiet. Hinzu kommt die Drogenwirtschaft als lukrativster Wirtschaftszweig des Landes. Deren Bekämpfung ist bisher erfolglos geblieben. Es gibt immer stärkeren militärischen und terroristischen Widerstand gegen einen Neuaufbau des Landes, der nicht den fundamentalistischen und tribalistischen Mustern der Vergangenheit folgt. Immer wieder werden Mädchenschulen gesprengt, Frauenbeauftragte und missliebige Provinzgouverneure ermordet. Anschläge gegen ISAF-Soldaten nehmen zu. Im Süden des Landes ist ein regelrechter Krieg wieder aufgeflammt, der dieses Jahr bereits über 3700 Opfer gekostet hat. Aufbau und Entwicklung von zivilen Strukturen finden dort so gut wie nicht statt. Auch in Kabul und im Norden finden Überfälle und terroristische Anschläge statt. Selbstmordanschläge treiben die Gewaltspirale weiter an.

Diese Entwicklung droht, die Fortschritte bei der Stabilisierung Afghanistans und dem Aufbau staatlicher Strukturen zunichte zu machen. Mit dem Petersberg-Prozess hatte die grüne Außenpolitik unverzüglich nach den militärischen Angriffen der USA und Großbritanniens gegen Al Qaida und Taliban in Afghanistan 2001 einen Friedensprozess den Weg bereitet, der einher ging mit humanitärer Hilfe und einem umfassenden zivilen Aufbauprogramm. Die Erwartungen, dass die Einsätze zu einer Befriedung ganz Afghanistans führen und

eine Ausdehnung des Aufbauprogramms auf alle Landesteile ermöglichen würde, haben sich bisher zwar nicht erfüllt. Aber in Kabul, im Norden und Westen des Landes konnten dank ISAF in den letzten fünf Jahren bei stabiler Sicherheitslage Fortschritte beim Aufbau gemacht werden. Als „lead nation“ für den Polizeiaufbau hat die deutsche Außenpolitik das Polizeiprojekt Afghanistan aufgebaut und dabei Fortschritte erzielt.

Für die Demokratisierung des Landes waren die Parlaments- und Provinzratswahlen im September 2005 und das Zusammentreten des Parlaments eine wichtige Etappe. Für viele Frauen in Afghanistan waren die letzten Jahre mit wichtigen Schritten in Richtung Partizipation und größerer Freiheit verbunden, auch wenn noch vieles zu tun bleibt.. Im Parlament und politischen Gremien sind wieder Frauen vertreten; ein Ergebnis der Petersberg-Konferenz war z.B. die Einrichtung eines Frauenministeriums. Mädchen und Frauen haben vielerorts wieder Zugang zu Bildung und Erziehung. Ein Grundproblem beim Aufbau eines neuen, demokratischen Afghanistans ist, dass eine dazu nötige Zivilgesellschaft in nur geringem Maße vorhanden ist. Fünf Jahre nach der ersten Petersberg-Konferenz haben die afghanische Regierung, die Vereinten Nationen und die internationale Staatengemeinschaft auf der London-Konferenz im Januar 2006 den so genannten „Afghanistan Compact“ beschlossen. In Fortentwicklung der Petersberg Strategie wurden umfangreiche neue Richtlinien und Zielmarken in den Bereichen Sicherheit, Regierungsführung, Menschenrechte und Justizaufbau sowie ökonomische und soziale Entwicklung vereinbart. Diese Voraussetzungen sind keineswegs gesichert. ISAF-Soldaten sind zunehmend damit beschäftigt, sich selbst und ihre Einrichtungen zu schützen. Die Regierung ist in Teilen des Landes nicht (mehr) Herr der Lage und die Sicherheitslage wird schlechter.

Angesichts dieserghg dramatisch veränderten Sicherheitslage muss die gesamte Strategie für Aufbau, Entwicklung und Sicherheit überprüft werden. Dabei geht es nicht um Nachbesserungen, sondern um eine Neuausrichtung der Strategien in den einzelnen Bereichen des „Afghanistan Compact“ mit dem Ziel ein Scheitern der internationalen Bemühungen in Afghanistan abzuwenden. Ein Scheitern der internationalen Bemühungen um eine Stabilisierung Afghanistans und den Neuaufbau staatlicher Strukturen wäre fatal, ein Rückzug vor den Taliban ein weit über Afghanistan hinauswirkendes Desaster. Daraus folgt konkret:

- Umfassende Evaluierung des deutschen Gesamtbeitrags durch die Bundesregierung
- Einberufen einer London-Konferenz II zur grundsätzlichen Überprüfung und Neuausrichtung des „Afghanistan Compact“
- Signifikante Stärkung der Anstrengungen im Sicherheitsbereich, d.h. v.a. Aufstockung der deutschen personellen und finanziellen Beiträge zum Polizeiaufbau, Schaffung einer europäischen Polizeimission
- Deutliche Stärkung der Anstrengungen der Internationalen Gemeinschaft für den Aufbau des Justizwesens durch die EU
- Einheitliche Strategie der Staatengemeinschaft gegen die Drogenwirtschaft und umsichtiges Vorgehen gegen diese, mit alternativen

Erwerbsmöglichkeiten und der Prüfung des internationalen Aufkaufs von Opium zu medizinischen Zwecken, insbesondere für sinnvolle und verantwortbare Schmerztherapien.

- Betonung des zivilen Beitrags für Sicherheit und Stabilität anstelle einer Verengung des Gesamtblicks auf militärische Komponenten
- Initiierung von sichtbaren Wiederaufbauprojekten auch und gerade in den ländlichen Regionen
- Verbesserung der Koordination der zivilen, polizeilichen und militärischen Beiträge von EU, NATO, VN und USA
- Verstärkung der Effektivität des zivilen internationalen Engagements
- Konsequente Stärkung der afghanischen Eigenverantwortung
- Entschieden Vorgehen gegen Korruption im Staatsapparat und die Zweckentfremdung von Mitteln der internationalen Gemeinschaft
- Verbesserung der regionalen Sicherheitskooperation
- Unterstützung von Maßnahmen zu Reformen der konservativen Religionsschulen in Pakistan und Verhinderung des Zustroms pakistanischer Taliban-Unterstützer

Friedenssicherung braucht ein politisches Konzept

Von Beginn an haben sich Bündnis 90/Die Grünen für eine umfassende und konsequente Afghanistanpolitik engagiert. Ein „Weiter so“ ohne Kurskorrektur in der deutschen und internationalen Afghanistanpolitik darf es nicht geben. Bündnis 90/Die Grünen sehen sich in Mitverantwortung für Afghanistan.

Der deutsche militärische Beitrag dient zur Stabilisierung, indem er die Aufbauaktivitäten der afghanischen Regierung mit Hilfe des internationalen Engagements ermöglicht. Unter dieser Zielstellung stand von Anfang an die Zustimmung im Bundestag. Im Rahmen von ISAF wollen wir dieses Engagement fortsetzen.

Wir wollen keinen Abzug aus Afghanistan einleiten, weil wir auch in der gegenwärtigen Situation für die Erreichung der Ziele des Engagements nach wie vor Chancen sehen.

Wir haben 2001 bei unserer BDK beschlossen:

„Repressive Mittel sollen nur eingesetzt werden unter Einbindung in ein politisches Konzept, unter dem Grundsatz der Zielgerichtetheit und Verhältnismäßigkeit, in Übereinstimmung mit der Charta und den Beschlüssen der UNO einschließlich des Rechts auf Selbstverteidigung und unter Vermeidung eines „Kampfes der Kulturen“. Wir begrüßen, dass die Bundestagsfraktion Präzisierungen und Klarstellungen zu dem Mandat durchgesetzt hat. Das gilt für den Täterbezug, für die polizeilich-militärische Verwendung der Spezialkräfte, für örtliche Beschränkung des Einsatzes. Es gilt auch für die Berichterstattungspflicht. Dadurch ist es dem Bundestag möglich, sein verfassungsmäßiges Recht zur Selbstbefassung mit der weiteren Mandatsgestaltung wirksam auszuüben. Angesichts der Brisanz dieses Militäreinsatzes ist eine transparente Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit absolut notwendig.“

Fünf Jahre später werden viele der Kriterien kaum mehr eingehalten. Zuletzt wurde der verstärkte Einsatz der Bundeswehr in Süd-Afghanistan gefordert. Statt einer Truppenaufstockung oder einer Vermischung von ISAF- und OEF-Mandat geht es dringend um ein politisches Umdenken. Deutschland muss in VN und NATO mit Nachdruck dafür eintreten, dass die Afghanistanstrategie der internationalen Gemeinschaft neu ausgerichtet wird. Fortschritte in Afghanistan sind nur möglich, wenn auch für die afghanische Bevölkerung Erfolge beim Wiederaufbau ihres Landes sichtbar werden. Hierzu müssen die zivilen, polizeilichen und militärischen Maßnahmen neu austariert werden. Das UN-Mandat und dessen Eingrenzung ist genau einzuhalten. Dies muss auch in Afghanistan gelten. Das UN-Mandat für OEF rechtfertigt den Einsatz von Gewalt nur, um die Verantwortlichen, die Täter und Hintermänner der Anschläge vom 11.9. 2001 in New York und Washington der Gerechtigkeit zuzuführen (bring to justice). Wir wollen nicht zulassen, dass durch eine kontraproduktive Kriegführung, wie wir sie bei OEF kritisieren, Afghanistan weiter abrutscht.

Wir Grüne haben angesichts der kontraproduktiven Operationsführung bei der Operation Enduring Freedom (OEF) eine weitere deutsche Beteiligung daran nicht unterstützt. Angesichts des veränderten Mandats und der erfolgten Stärkung von ISAF stellt sich die Frage, welche Rolle OEF in Afghanistan in Zukunft überhaupt spielen soll.

Beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus müssen ein verhältnismäßiges Vorgehen und die Einhaltung des Völkerrechts gewährleistet sein. Mit dem im Oktober in den USA in Kraft getretenen Military Commissions Act wird US-Streitkräften de facto der Bruch humanitären Völkerrechts zugestanden. Hier besteht erheblicher Klärungsbedarf auch hinsichtlich des zukünftigen deutschen Einsatzes, um die Gefahr einer Einschränkung oder Verletzung der geltenden völkerrechtlichen Regeln zu verhindern. Es darf nicht sein, dass das Kommando Spezialkräfte der Bundeswehr ohne ausreichende parlamentarische Kontrolle agiert. Der deutsche Bundestag muss über KSK-Einsätze zeitnah informiert werden. Wir begrüßen daher, dass auch der Verteidigungsausschuss - zusätzlich zu dem von uns beantragten Untersuchungsausschuss (Khaled al-Masri, Murat Kurnaz, Muhammed Haidar Zammar und Entführungsfall Tusla u.a.) - hierbei seine Rechte als Untersuchungsausschuss wahrnimmt.

Wir Grüne sehen die unabdingbare Notwendigkeit, an Afghanistans Stabilisierung weiterhin tatkräftig mitzuwirken, die Entwicklungsorganisationen in ihren Bemühungen zu unterstützen, damit ein geordneter Aufbau in der Zivilgesellschaft stattfinden kann. Bündnis 90/Die Grünen halten das ISAF-Engagement hierbei für zentral und plädieren dafür, sich im Rahmen der NATO, EU und VN für eine ausgewogene und gebietsübergreifende Afghanistanpolitik einzusetzen, durch die verloren gegangenes Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in die internationale Gemeinschaft wieder zurück gewonnen wird. Die Voraussetzungen dafür sind schwierig, umso wichtiger ist es, im verbleibenden Zeitfenster die Anstrengungen beim zivilen Aufbau, beim Ausbau funktionierender Institutionen und Sicherheitsorgane und bei der konsequenten Unterstützung der afghanischen Regierung in

ihrer Eigenverantwortung für eine gute Regierungsführung massiv zu erhöhen.

Militärische Mittel im Kampf gegen den Internationalen Terrorismus sind weiterhin notwendig. Die Bedrohung der internationalen Sicherheit durch Netzwerke und Akteure des internationalen Terrorismus ist noch nicht gebannt. Terroristische und radikalislamitische bewaffnete Gruppen und ihre Unterstützer wie Taliban, Al Qaida und Heckmatyar werden auch weiterhin mit militärischen Mitteln bekämpft werden müssen. Der Irak-Krieg gab dem internationalen Terrorismus erheblichen Auftrieb. Er hat dazu beigetragen, dass improvisierte Sprengfallen und Selbstmordattentate in Afghanistan – auch im vermeintlich ruhigeren Norden – zunehmen. Vor allem in den Südost- Provinzen, dem Haupteinsatzgebiet der Operation Enduring Freedom (OEF), ist es von Pakistan her zu einer Reorganisation und Stärkung bewaffneter Kräfte gekommen. Das Ziel, die Bevölkerung gegen das militärische und zivile Engagement der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan aufzubringen und einen Abzug zu erzwingen, gefährdet den fragilen Aufbauprozess in Afghanistan. Schlüssel für eine erfolgreiche Terrorbekämpfung ist die strategische Zusammenarbeit mit Pakistan. Ziel muss es sein, den Nachschub für die Terrorgruppierungen aus Pakistan einzudämmen. Die pakistanische Regierung muss mit politischen Konzepten international dabei unterstützt werden, das staatliche Gewaltmonopol auch in der Grenzregion durchzusetzen.

Bündnis 90/Die Grünen fordern deutliche Kurskorrekturen in der deutschen und internationalen Afghanistanpolitik. Sonst könnte auch aus dem Einsatz von ISAF im Süden und Osten ein kontraproduktiver Einsatz werden, der nicht mehr Sicherheit schafft, sondern Hass und Gewalt verstärkt. Eine Erweiterung des Bundeswehrmandates auf den afghanischen Süden lehnen wir ab, weil die Bundeswehr bereits das drittgrößte Kontingent stellt und eine große Verantwortung im Norden übernommen hat. Der Norden darf nicht destabilisiert werden. Gleichzeitig kann sich die Bundeswehr auch aus Gründen der Bündnissolidarität einer akuten Nothilfe für in Bedrängnis geratene alliierte Truppen im Süden des Landes nicht entziehen. Solche Einsätze dürfen jedoch Sicherheit und Stabilität im deutschen Verantwortungsbereich im Norden nicht gefährden und nicht zu einer dauerhaften Erweiterung des Operationsgebiets der Bundeswehr führen.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft Anfang 2007 muss dazu genutzt werden, in der Europäischen Union für eine neue europäische Afghanistanpolitik zu werben und eine dringend notwendige gemeinsame Position in den VN – insbesondere mit den Veto-Mächten Frankreich und Großbritannien – zu erarbeiten. Wir wollen Perspektiven für Afghanistan erneut auf der BDK 2007 diskutieren.

Grüne Friedenspolitik weiterentwickeln

Anknüpfend an den Workshop „Friedenspolitik 2020“ auf dem Grünen Zukunftskongress setzt der Bundesvorstand eine Kommission ein. Die Kommission soll, ausgehend von der Außenpolitik unter Rot-Grün, Grundlinien für zukünftiges friedens- und sicherheitspolitisches Handeln diskutieren und dem Bundesvorstand

entsprechende Vorschläge machen. Dabei sollen auch Verlauf und Ergebnisse der Auslandseinsätze der Bundeswehr bewertet werden. Die Ergebnisse der Kommission sollen in der Partei und auf einem Grünen Kongress zur Friedens- und Sicherheitspolitik Ende 2007 diskutiert werden. Dringend sind – auch angesichts der Gefahr der Ausbreitung von Atomwaffen und eines neuen Rüstungswettlaufs – neue und ernsthafte Abrüstungs- und Nichtverbreitungsinitiativen. Dazu sollen die Kommission und der Kongress ebenfalls einen Beitrag leisten.